

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Marco Pagano

Frau  
Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Bezirksvertretung Kalk**

Kalker Hauptstr. 247-273  
51103 Köln-Kalk

**HP Fischer**

Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE.  
E-Mail: [Linke-BV8@stadt-koeln.de](mailto:Linke-BV8@stadt-koeln.de)

**Daniel Bauer-Dahm**

Fraktionsvorsitzender der Fraktion B 90/Die Grünen  
E-Mail: [daniel.bauer.dahm@gmail.com](mailto:daniel.bauer.dahm@gmail.com)

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 12.06.2019

**AN/0812/2019**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	27.06.2010, TOP 7.4

**Entsiegelung von Plätzen und Flächen im Stadtbezirk Kalk  
Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen vom 12.06.2019**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Stadtverwaltung und die Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln) haben am Donnerstag, 4. Oktober 2018, das Förderprogramm "GRÜN hoch 3 | Dächer | Fassaden | Höfe" und den Leitfaden "Mehr Grün für ein besseres Klima in Köln" bei einem Pressetermin in Köln-Ehrenfeld vorgestellt. Mit dieser beabsichtigten Maßnahme leistet das Umwelt- und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln einen kleinen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel in dicht besiedelten Stadtteilen. Die sommerliche Hitzebelastung wird verringert, Staubbindung verbessert und die Verdunstungskühlung erhöht. Ein weiterer Aspekt ist der Umgang mit Starkregen-Ereignissen. Über Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen soll und kann durch Starkregen verursachten Schäden vorgebeugt werden. Die Prognosen zeigen, dass die Belastungen aus dem Klimawandel, wie Hitzestress und Überflutungsrisiken, weiter zunehmen werden. Jetzt gilt es, gemeinsam auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren. Hierzu tragen eine Begrünung und ein angepasster Umgang mit Regenwasser bei.

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln soll die Grün-Offensive unterstützen und prüfen, ob die Statik städtischer Gebäude Begrünungsmaßnahmen ermöglicht. Damit nutzt die Verwaltung aber nicht alle ihre Möglichkeiten für eine verbesserte Klima- und Lebensqualität beizutragen und Vorbild für ein privates Engagement zu sein.

Laut Veröffentlichung des Umweltbundesamtes vom Oktober 2013 sind in Deutschland etwa 46 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt, das heißt bebaut, betoniert, asphaltiert, gepflastert oder anderweitig befestigt. Eine Großstadt wie Köln fällt durch einen höheren Anteil versiegelter Fläche auf. Damit gehen wichtige Bodenfunktionen, vor allem die Wasserdurchlässigkeit und die Bodenfruchtbarkeit, verloren. Innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist ein Teil der Böden durch darauf errichtete Gebäude versiegelt. Aber auch die unbebauten Flächen – wie Freiflächen, Betriebsflächen, Erholungsflächen und Verkehrsflächen – sind teilweise mit Beton, Asphalt, Pflastersteinen oder wassergebundenen Decken befestigt und damit ganz oder teilweise versiegelt.

Eine übermäßige Bodenversiegelung hat unmittelbare Auswirkungen auf den Wasserhaushalt: Zum einen kann Regenwasser weniger gut versickern und die Grundwasservorräte auffüllen, zum anderen steigt das Risiko, dass bei starken Regenfällen die Kanalisation oder die Vorfluter die oberflächlich abfließenden Wassermassen nicht fassen können und es somit zu örtlichen Überschwemmungen kommt.

Auch das Kleinklima wird negativ beeinflusst: Versiegelte Böden können kein Wasser verdunsten, weshalb sie im Sommer nicht zur Kühlung der Luft beitragen. Hinzu kommt, dass sie als Standort für Pflanzen ungeeignet sind, welche somit als Wasserverdunster und als Schattenspender ausfallen.

Allerdings sind uns außer bei Ausgleichsmaßnahmen keine Initiativen der Stadt Köln bekannt, die bestehende Bodenversiegelung zu verringern. Auch wenn es in Anbetracht der vielen Beton- und Steinwüsten in der Gesamtstadt wünschenswert wäre, dass es zu einer stadtweiten Entsiegelungsinitiative käme, dürfen wir in der Bezirksvertretung eine solche nur für den eigenen Bezirk beschließen. Eine klimawandelangepasste Umgestaltung für die Plätze St. Adelheid in Neubrück und den Uta-Rennplatz in Ostheim, hat die Bezirksvertretung bereits auf den Weg gebracht, aber es gibt weitaus mehr und auch kleinere Flächen um die man sich kümmern muss.

Am Ende des Antrages findet sich als Beispiel das Foto einer gepflasterten Fläche in Neubrück, deren ursprünglicher Sinn – das Aufstellen von Altpapiercontainern – nicht mehr vorhanden ist. Die Fläche selbst aber, wurde nie dem Grünbereich wieder angeschlossen.

Die antragstellenden Fraktionen bitten die Bezirksvertretung Kalk, Folgendes zu beschließen:

### **Beschluss:**

- Die Verwaltung bittet die Einwohner\*innen des Stadtbezirks Kalk, ihr versiegelte Flächen zu nennen, die ihrer Auffassung nach wieder entsiegelt werden könnten.
- Die Verwaltung prüft, welche Plätze und Flächen sich im Stadtbezirk Kalk für eine Entsiegelung eignen, bei welchen es hierdurch zu Nutzungsproblemen (Parkplatz, Marktplatz oder ähnliches) käme und welche aus welchen Gründen gänzlich ungeeignet für eine Entsiegelung sind.
- Die Verwaltung geht hierbei stadtteilweise vor und erstattet nach jedem geprüften Stadtteil einen Zwischenbericht an die Bezirksvertretung Kalk.

- Die Prüfungsreihenfolge richtet sich nach der Bevölkerungsdichte und dem Anteil Grün pro EinwohnerIn, so dass die Stadtteile mit der höchsten Bevölkerungsdichte und dem geringsten Grünanteil pro EinwohnerIn zuerst geprüft werden.
- Wenn möglich hinterlegt die Verwaltung mögliche Entsiegelungsmaßnahmen sofort mit Kosten, so dass durch Entscheidung der Bezirksvertretung Kalk auch Maßnahmen aus den Stadtverschönerungsmitteln umsetzbar sind.

Mit freundlichen Grüßen



HP Fischer  
Fraktionsvorsitzender  
der Fraktion DIE LINKE.



Daniel Bauer-Dahm  
Fraktionsvorsitzender  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beispiel einer gepflasterten Fläche in Neubrück:

